



Rechtsausschuss

3. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

19. Oktober 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Zur Tagesordnung

1

Die Fraktionen verständigen sich darauf, TOP 4 „Abbau der Wartezeiten auf die Vollstreckung von Jugendarreststrafen“ von der Tagesordnung abzusetzen.

- 1 Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe - Sachstand über die Justizprojekte** (zur Aufnahme in die Tagesordnung beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 1. September 2005)

1

Vorlage 14/98

- Diskussion

*) nichtöffentlicher Teil mit TOP 12 bis 14 siehe nöAPr 14/11

- | | | |
|----------|--|---|
| 2 | Situation und Perspektiven des AvD in der JVA Gelsenkirchen (zur Aufnahme in die Tagesordnung beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 1. September 2005)
Vorlage 14/98

- Diskussion | 4 |
| 3 | Umsetzung der Neubauplanung der JVA Willich II (zur Aufnahme in die Tagesordnung beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 1. September 2005)
Vorlage 14/98

- Diskussion

MDgt Kamp (JM) will dem Ausschuss die Planungsunterlagen zuleiten. | 5 |
| 4 | Abbau der Wartezeiten auf die Vollstreckung von Jugendarreststrafen
(s. „Zur Tagesordnung“, S. 1) | 6 |
| 5 | Neue Stellen im Geschäftsbereich des Justizministeriums (zur Aufnahme in die Tagesordnung beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 15. September 2005)

- Kurze Auskunft der Justizministerin | 6 |
| 6 | Erhalt des historischen Amtsgerichtsgebäudes II an der Gartenstraße in Mettmann; Neubau des Amtsgerichts in Mettmann (zur Aufnahme in die Tagesordnung beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 30. September 2005)

- Bericht der Justizministerin

- Diskussion | 6 |

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/244

- Kurze Stellungnahmen der Abgeordneten

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

8 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz - LPVG) 10

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/ 272

- Diskussion

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung über den Gesetzentwurf zu vertagen, bis eine Fraktion wünscht, sie fortzusetzen und in die Tagesordnung aufzunehmen.

9 Keine Einschränkung des Rechtsschutzes bei Sozialgerichtsverfahren 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/287

- Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

10 Zwangsheirat ächten - Opfer unterstützen - Zwangsehen vorbeugen 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/198

Vor dem Hintergrund, dass sich die Fraktionen im federführenden Ausschuss bemühen, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, verzich-

tet der Rechtsausschuss auf ein Votum.

11 Verschiedenes

15

- a) Bericht des Justizministeriums über das Arbeitsprogramm für die laufende Legislaturperiode**
- b) Auswärtige Sitzung des Ausschusses**
- c) Auswirkungen der Haushaltssperre auf die Einstellung von Mitarbeiter/innen als befristete Vertretung für in Elternurlaub gehende Beschäftigte aus der Bewährungshilfe**

In Verbindung mit:

- d) Auswirkungen der Haushaltssperre auf die Verlängerung von Arbeitsverträgen**

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/244

(nach der ersten Lesung durch Plenarbeschluss am 28. September 2005 an den Rechtsausschuss zur Beratung überwiesen)

Monika Düker stimmt für die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** einer Verlängerung der Befristung um zwei Jahre zu: Fälle über außergerichtliche Streitschlichtung zu erledigen könne nur unterstützt werden. Die Argumentation der Ministerin im Plenum dazu halte sie für schlüssig.

Frank Sichau (SPD) schließt sich seiner Vorrednerin an und untermauert die Sinnhaftigkeit einer Fortsetzung mit dem Hinweis auf das starke Engagement der Westdeutschen Handwerkskammer, die sich bei ihrer Klientel öffentlich für die Nutzung der außergerichtlichen Streitschlichtung stark mache.

Natürlich aber gelte es, über die gesammelten Erfahrungen noch intensiv zu diskutieren und dann auch Auswertungen über die im Moment noch gar nicht ermittelbaren Erfolge und Misserfolge einzubeziehen.

Auch die **FDP-Fraktion** spricht sich nach den Worten des **Vorsitzenden Dr. Robert Orth** für eine Verlängerung der Befristung aus. Die Fraktion wolle eine Fortsetzung der Erprobung auch, um zu verhindern, dass Interessierte sicherlich auch zu verzeichnende schlechte Ergebnisse zum Anlass nähmen, das gesamte Verfahren wieder abzuschaffen. Die FDP-Fraktion strebe vielmehr eine Novellierung und Spezifizierung an, um die außergerichtliche Streitschlichtung dann dort anzuwenden, wo sie sich als sinnvoll erwiesen habe.

Aus anwaltlicher Sicht beispielsweise habe sich das Verfahren auf dem gesamten Feld „Forderungen“ nicht bewährt, sondern die Flucht in das Mahnverfahren provoziert.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

